

SPEZIAL

»Es war eine einsame Entscheidung ...«

Das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft« der DDR vom 9. März 1972



Ausgewählte Fernseh- und Hörfunkproduktionen



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

Eingl. 2 1. MÄRZ 1972

89

1972	Berlin, den 15. März 1972	Teil I Nr. 5
Tag	Inhalt	Seite
9. 3. 72	Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft	89

Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft

vom 9. März 1972

Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann. Die Verwirklichung dieses Rechts ist untrennbar mit der wachsenden Verantwortung des sozialistischen Staates und aller seiner Bürger für die ständige Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Frau, für die Förderung der Familie und der Liebe zum Kind verbunden.

Dazu beschließt die Volkskammer folgendes Gesetz:

§ 1

(1) Zur Bestimmung der Anzahl, des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten wird der Frau zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Empfängnisverhütung das Recht übertragen, über die Unterbrechung einer Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden.

(2) Die Schwangere ist berechtigt, die Schwangerschaft innerhalb von 12 Wochen nach deren Beginn durch einen ärztlichen Eingriff in einer geburtshilflich-gynäkologischen Einrichtung unterbrechen zu lassen.

(3) Der Arzt, der die Unterbrechung der Schwangerschaft vornimmt, ist verpflichtet, die Frau über die medizinische Bedeutung des Eingriffs aufzuklären und über die künftige Anwendung schwangerschaftshütender Methoden und Mittel zu beraten.

(4) Die Unterbrechung einer Schwangerschaft ist auf Ersuchen der Schwangeren und nur nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und der zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften zulässig. Im übrigen gelten die §§ 153 bis 155 des Strafgesetzbuches vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 1).

§ 2

(1) Die Unterbrechung einer länger als 12 Wochen bestehenden Schwangerschaft darf nur vorgenommen werden, wenn zu erwarten ist, daß die Fortdauer der Schwangerschaft das Leben der Frau gefährdet, oder wenn andere schwerwiegende Umstände vorliegen.

(2) Die Entscheidung über die Zulässigkeit einer später als 12 Wochen nach Schwangerschaftsbeginn durchzuführenden Unterbrechung trifft eine Fachärztekommision.

§ 3

(1) Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist unzulässig, wenn die Frau an einer Krankheit leidet, die im Zusammenhang mit dieser Unterbrechung zu schweren gesundheitsgefährdenden oder lebensbedrohenden Komplikationen führen kann.

(2) Die Unterbrechung einer Schwangerschaft ist unzulässig, wenn seit der letzten Unterbrechung weniger als 6 Monate vergangen sind. In besonderen Ausnahmefällen kann die Genehmigung von der Fachärztekommision gemäß § 2 Absatz 2 erteilt werden.

Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9. März 1972

Quelle: Gesetzblatt der DDR vom 15.03.1972

» E S W A R E I N E E I N S A M E E N T S C H E I D U N G . . . «

Das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft« der DDR vom 9. März 1972

Ausgewählte Fernseh- und Hörfunkproduktionen

Am 9. März 1972 verabschiedete die Volkskammer der DDR eine gesetzliche Regelung, die Frauen erlaubte, in den ersten 12 Wochen »über die Unterbrechung einer Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden« (§ 1). Damit führte die DDR die so genannte Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch ein, die nach der Wiedervereinigung zunächst auf dem ehemaligen DDR-Territorium fortbestand und dann letztlich 1995 durch die heutige Regelung mit Beratungspflicht ersetzt wurde.

Erstmals in der Geschichte der DDR wurde ein Gesetz in der Volkskammer nicht einstimmig verabschiedet. 14 Abgeordnete stimmten mit Nein und 8 enthielten sich. Die Zahl der registrierten Schwangerschaftsabbrüche stieg bald nach der Verabschiedung des Gesetzes stark an und sank dann aber wieder kontinuierlich ab.

Die Zeitzeugin Heidrun H. berichtet:

Sie sind derzeit Künstlerin, in der DDR waren Sie als Mutter berufstätig. Genau einen Tag nach dem Internationalen Frauentag, am 09.03.1972, verabschiedete die Volkskammer der DDR das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft«, nachdem ein straffreier Schwangerschaftsabbruch innerhalb von 12 Wochen gewährt wurde. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit?

Ich habe 1969 während des Studiums meine Tochter geboren. Nach der alten gesetz-

lichen Regelung hätte ich eine Schwangerschaftsunterbrechung aus gesundheitlichen Gründen vornehmen lassen können, was ich abgelehnt habe. Ich habe das Studium 1971 beendet und war bereits berufstätig, als ich ungewünscht schwanger wurde. Ich habe das Gesetz kurz nach der Verabschiedung in Anspruch genommen.

Wie haben Sie davon erfahren? Gab es offizielle Verlautbarungen?

Gewiss, es war nichts Geheimes, doch wie genau ich davon erfuhr, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich habe jedenfalls davon gewusst. Wir wussten auch, dass die Regelung unkompliziert in Anspruch genommen werden konnte. Die jeweilige Entscheidung wurde vom Arzt ohne Diskussion akzeptiert, natürlich fand eine Aufklärung über die möglichen gesundheitlichen Risiken statt. Aber ansonsten blieb die eigene Entscheidung völlig unbeeinflusst.

Wurde im Bekanntenkreis oder im Betrieb darüber diskutiert?

Über das Gesetz wurde gesprochen, über den Einzelfall, in dem es in Anspruch genommen wurde, seltener. In meinem Fall wurde nicht diskutiert. Das hing natürlich auch mit den persönlichen Lebensumständen zusammen. Ich hatte zu dieser Zeit keinen großen Bekanntenkreis.

Die Regelung wurde vielfach in Anspruch genommen, aber es war eine einsame Entscheidung.

Das Gesetz ist anscheinend überraschend initiiert worden. Gerüchte besagen, man wollte einer ähnlichen Diskussion wie der im Westen ausweichen. Gab es in Ihrem Bekanntenkreis eine Art Aufbruch für die Frauen?

Ja und nein. Das, was im Westen geschah, ist in meinem Umfeld nicht diskutiert worden. Wir hatten mit der Bewältigung unserer eigenen Alltagsprobleme zu tun, das andere war eher unerreichbar. Selbst wenn ich diese Vorgänge über westdeutsche Fernsehnachrichten verfolgt hätte, was ja im Übrigen in dieser Zeit immer noch sehr unerwünscht war, hätte es mich nicht berührt. Es war eine andere Lebenswelt. Aber einen Aufbruch der Frauen gab es bei uns auch. Wie genau er entstanden ist, kann ich jetzt auf die Schnelle nicht genau beantworten. Außerdem war ich, da ich zu dieser Zeit noch sehr jung war, mit diesen Problemen zuvor noch nicht konfrontiert worden. Einen Anfang von möglicher Selbstbestimmung gab es ja schon nach Einführung der Pille ab 1969. Aber an die politischen Zusammenhänge kann ich mich nicht erinnern.

Wie stark war der Eingriff des Staates in den Intimbereich seiner Bürger?

Ein Einfluss erfolgte eher indirekt auf das Familienleben, beispielsweise durch die staatlich gewährleistete Kinderbetreuung, die Kindergeldregelung oder den Haushaltstag, den freien Tag für berufstätige Frauen. In das Intimleben wurde hingegen nicht eingegriffen.

Haben sich auch die Männer um die Verhütung gekümmert?

Nein, die Verhütung war ausschließlich Sache der Frauen. Als Frau musste man versuchen, die Männer in die Verhütung mit einzubeziehen. Die Pille für den Mann gab es nicht.

Aber für die Frau?

Für die Frau gab es eine und die war anfangs furchtbar überdosiert und gesundheitsschädlich. Ich habe meiner Meinung nach wirklich Schaden davongetragen und habe sie nach etwa 10 Jahren nicht mehr genommen.

Im Westen hieß sie Anti-Baby-Pille, in der DDR offiziell Wunschkindpille ...

Ja, mit diesen Wortfindungen hatten wir alle unseren Spaß. Aber im allgemeinen Sprachgebrauch war es einfach die Pille.

Gibt es im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Abbruch der Schwangerschaft Erfahrungen, die ihnen besonders wichtig sind?

Anfangs gab es Widerstand gegen den Schwangerschaftsabbruch beim medizinischen Personal, weil es dem Ethos von Ärzten und Schwestern widersprach, die Entwicklung von entstehendem Leben abzubauen. Der war später nicht mehr spürbar. Nach etwa zehn bis fünfzehn Jahren war es völlig normal, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Anfangs wurde befürchtet, das Gesetz könnte missbraucht werden und dazu führen, dass die Achtsamkeit bei der Verhütung von Schwangerschaften nachlässt. Nach meiner Erfahrung, ist dieser Missbrauch nicht eingetreten. Frauen, die die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs wahrgenommen haben, sind sehr verantwortungsvoll und keines-

wegs leichtfertig damit umgegangen. Die Entscheidung ist allen schwer gefallen und sie waren sich der Verantwortung bewusst.

Was halten sie von der Einführung der Beratungspflicht?

Ich fand die frühere Regelung besser. Ich denke, es sollte die eigene Entscheidung einer Frau sein, ob sie eine Beratung einholen möchte. Ich finde, dass man dazu nicht verpflichtet sein sollte. Und schon gar nicht sollte die Entscheidung, ob die Schwangerschaft fortgesetzt oder unterbrochen wird, davon abhängig gemacht werden.

Danke für das Gespräch.

Interview: Jürgen Molkow

Script: Marcus Schulte, Markus Busche

In der Bundesrepublik wurde 1974 eine Fristenregelung, wie sie in der DDR praktiziert wurde, vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig abgelehnt. Seit 1976 galt die so genannte Indikationslösung des § 218 Strafgesetzbuch, nach der ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich nur dann straffrei möglich ist, wenn es hierfür dringende medizinische, eugenische, ethische oder soziale Gründe gibt.



Zur Thematik der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR weist das vorliegende Spezial eine Auswahl von Bild- und Tonaufnahmen aus den Beständen des DRA Babelsberg ab dem Jahr 1971 nach.

Die Kontroverse um den § 218 in der Bundesrepublik spiegelt sich hingegen in den Nachweisen der ausgewählten Hörfunkproduktionen aus den Archiven der ARD wider, die bei Interesse direkt über die entsprechende Rundfunkanstalt abgefordert werden können.

Jörg-Uwe Fischer

AUSGEWÄHLTE FERNSEH- UND HÖRFUNKPRODUKTIONEN

Bitte beachten Sie, dass die Dokumente zum Teil Fremdproduktionen sind, für die das Deutsche Rundfunkarchiv keine Nutzungsrechte einräumen kann. Auch für die übrigen Produktionen können auf Grund bestehender Urheber- und Leistungsschutzrechte die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt sein. Eine Rechte-Auskunft zu den Dokumenten aus dem Programmvermögen Rundfunk der DDR bzw. Deutscher Fernsehfunk/Fernsehen der DDR erhalten Sie beim Deutschen Rundfunkarchiv Babelsberg. Siehe auch ggf. die Anmerkungen zu den einzelnen Dokumenten.

 *Fernsehen*  *Hörfunk*

Ausgewählte Fernsehproduktionen

Frau im Sozialismus - Pille

Reihe: Prisma (209)

Magazin

Beitrag zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Welche sozialpolitischen Fragen bewegen sie, wenn es um die Entfaltung ihrer Persönlichkeit geht. Schwangerschaftsverhütung oder Schwangerschaftsunterbrechung? Pille, Verhütung, Abtreibung ja oder nein?

23.12.1971 · DRA B · 002742 18'31

Umschau

Reihe: Aus Wissenschaft und Technik

Magazin

Bilanz nach zwei Jahren des Inkrafttretens des Gesetzes zur Schwangerschaftsunterbrechung.

Mehrere Einstellungen aus dem OP während Schwangerschaftsabbruch / Apotheke mit Kunden.

Bemerkung: Eingeschränkte Vollständigkeit:

Ohne Vor- und Nachspann, ohne Moderation.

11.01.1974 · DRA B · 079001 28'12 (Sendung)

Mit Bischof, Fernsehen und Staatsanwalt gegen die Freiheit der Frau

Reihe: Der Schwarze Kanal

Politisches Magazin

Anhand der Mitschnitte des bundesdeutschen Fernsehens kommentiert Karl-Eduard v. Schnitzler die Auseinandersetzung über die Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches.

Bemerkung: Rechteprüfung: Einschränkungen für ausschnittweise Verwendung bestimmter Teile des Dokuments für alle Nutzungsarten.

18.03.1974 · DRA B · 060408 20'45

Umschau. Familienplanung - aber wie?

Reihe: Aus Wissenschaft und Technik

Magazin

Report über Probleme der Familienplanung und die Auswirkung des Gesetzes über Schwangerschafts-Unterbrechung von 1972.

02.04.1974 · DRA B · 058064 28'00

Fernsehpressekonferenz

Gesprächsendung

Zur Popularisierung der auf drei angesetzten »idealen Kinderzahl« werden folgende Themen behandelt: Plätze an Kinderkrippen, Kredite für junge Familien, Eigenheime und Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien, Urlaubsplätze und Förderungsvoraussetzungen für kinderreiche Familien, Auswirkungen von Schwangerschaftsabbruch und Empfängnisverhütung auf die Geburtenziffer, die steigende Zahl der Ehescheidungen, Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung für Mütter mit mehreren Kindern, Kuren für

werktätige Mütter, Kinderkrankheiten, Stationen für leicht erkrankte Kinder, Betreuung geschädigter Kinder.

09.04.1974 · DRA B · 058068 41'18

Der Abtreibungsparagraph

Reihe: Alltag im Westen

Dokumentarbericht

Gespräche mit betroffenen Frauen, die zu einer Abtreibung ins Ausland fahren, über ihre Flucht vor den bundesdeutschen Paragraphen. Gespräche um den Kampf von Frauen zur Selbstbestimmung für den Abbruch einer Schwangerschaft gegen staatliche und konfessionelle Bevormundung.

03.03.1981 · DRA B · 039025 24'00

Wunschkindgesetz

Reihe: Entdeckungen im Alltag

Magazin

Beitrag zum 10jährigen Bestehen der Verabschiedung des Gesetzes zur Schwangerschaftsunterbrechung.

09.03.1982 · DRA B · 002094 11'00

»Familienplanung« - Streit in Huntsville

Dokumentarbericht

Nach geltendem Recht ist Schwangerschaftsabbruch in den USA seit der Entscheidung des obersten Gerichts von 1973 nicht mehr strafbar. Die Befürworter des Gesetzes hatten es von Anfang an schwer, doch was jetzt mit ihnen geschieht ist neu: Gewalt, Drohungen, Einschüchterungen.

29.09.1985 · DRA B · 019757 31'45

Elf 99. Der Jugendafternoon (8)

Reihe: Elf 99

Magazin

Reizverschluss: Schwangerschaftsabbruch Schwangerschaftsabbruch im Krankenhaus, Ärzte und Schwestern bei Interruptio / Dr. A. Kohls, Facharzt für Gynäkologie, zum Abbruch und Verhütungsmitteln / Gespräch mit Betroffener über Abbruch, warum keine Verhütung / Ultraschall-Aufnahme von Kind

im Mutterleib / Dr. Kohls: Sexualunterricht in vielen Ländern schon obligate Schulstunde, Beklemmungen von Lehrern helfen Schülern nicht.

20.10.1989 · DRA B · 038315 05'43

Die bitterste Pille

Reihe: Klartext

Dokumentarbericht

Bericht zum Schwangerschaftsabbruch. Die Geburtenzahlen steigen, doch parallel dazu nehmen die Schwangerschaftsabbrüche zu. Sie sollten die letzte Möglichkeit, die bitterste Pille sein. Ist diese Pille dabei, die gebräuchlichste zu werden?

30.05.1990 · DRA B · 035833 19'23

Paragraph 218 – Zurück in die Zukunft

Reihe: Hautnah (31)

Magazin

Diskussion junger Männer und Frauen zum § 218 und den entsprechenden Rechtsregelungen in der DDR. Teilnehmerin u.a. Familienministerin Christa Schmidt und Sexualwissenschaftlerin Angelika Gerhardt.

07.05.1990 · DRA B · 033607 44'46

AK zwo. Dokumentation zum § 218 der BRD

Reihe: Aktuelle Kamera

Tagesnachrichten

Dokumentation zum Paragraph 218 der BRD *Bemerkung: Rechteprüfung: Einschränkungen für ausschnittweise Verwendung bestimmter Teile des Dokuments für alle Nutzungsarten.*

15.06.1990 · DRA B · 050679 02'29

AK zwo. Studiogespräch mit Sprecherin des Unabhängigen Frauenverbandes zum § 218

Reihe: Aktuelle Kamera

Tagesnachrichten

Studiogespräch mit Sprecherin des Unabhängigen Frauenverbandes Eva Schäfer zum § 218 (Schwangerschaftsabbruch) der BRD.

15.06.1990 · DRA B · 050680 04'47

☐ AHA-Streitfälle: Abtreibung?

Reihe: AHA

Gesprächssendung

Diskussionsabend im Studio unter der Leitung von Dr. Künzel, Direktor des Verlages Volk und Gesundheit, zum Thema Schwangerschaftsabbruch.

Eine Betroffene, die in den 60er Jahren für eine Abtreibung verurteilt wurde, berichtet über ihre Erfahrungen mit Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch selbst versucht hatten und wie das Krankenhauspersonal mit ihnen umging. Zwei Mütter berichten über die Gründe, eine Abtreibung nicht vorgenommen zu haben.

18.06.1990 · DRA B · 040490 47'52

☐ Paragraph 218 – Prisma (647)

Reihe: Prisma. Probleme - Prozesse - Personen

Magazin

Interview mit Renate Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende SPD (West), zu notwendiger Modifizierung des Abtreibungsrechts und zur Rolle der Frau. Interview mit einer Frau in der Charité, die sich zur Abtreibung entschlossen hat, zu ihren Beweggründen. Interview mit Gerhard Henning, Sexualberatung Leipzig. Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch in der DDR versus Indikationslösung nach § 218 in der Bundesrepublik. Die Meinungen von betroffenen Frauen, Medizinerinnen und Politikern reichen von einer notwendigen Modifizierung des § 218 bis zum Wunsch einer Übernahme der DDR-Regelung in den zweiten Staatsvertrag.

05.07.1990 · DRA B · 034463 11'22

☐ Elf 99. Der Jugendafternoon (84)

Reihe: Elf 99

Magazin

u. a. Gespräch mit Oberarzt Dr. Rainer Bollmann von der Charité Berlin zur Problematik § 218: Fristenlösung ja, aber nicht für Schwangerschaftsabbruch; Lebensum-

stände, die Schwangerschaftsabbruch nötig machen; Gleichgültigkeit über Eingriff ist schlimm; keine Fristenlösung ermöglicht Abdriften in die Kriminalität.

27.07.1990 · DRA B · 038786 10'16

☐ Disput

Reihe: Disput

Gesprächssendung

Schwangerschaftsabbruch - Straftat oder Frauensache?

Nach einem Filmbericht (Straßenumfrage zum Thema) diskutieren die beiden Kontrahentinnen die unterschiedliche Handhabung des Schwangerschaftsabbruchs in den alten und neuen Bundesländern, soziale, moralische, strafrechtliche und gesellschaftspolitische Aspekte des Themas.

05.12.1990 · DRA B · 056446 59'00

☐ Replik zum Internationalen Frauentag. Bericht zum Schwangerschaftsabbruch

Reihe: Spätjournal

Tagesnachrichten

08.03.1991 · DRA B · 053449 03'16

Ausgewählte Hörfunkproduktionen**☐ Sexualmoral im Vatikan. Bericht vom außerordentlichen Gipfeltreffen der katholischen Kirche im Vatikan gegen Abtreibung, Empfängnisverhütung und Euthanasie**

Telefonbericht

0. SD. · DRA B · 2013150000 02'30

☐ Sex nach sieben: Gespräch mit Dr. Beckmann über das Verhältnis von Schwangerschaftsverhütung und selbstbestimmtem Schwangerschaftsabbruch

Reihe: Hallo - Das Jugendjournal

Interview

07.02.1972 · DRA B · 2015631000 04'10

④ 4. Tagung der Volkskammer. Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft

Bericht

09.03.1972 · DRA B · DOK 1975 45'00

④ Diesseits der Barrikade (2): Der Paragraph

Die Geschichte des Paragraphen 218

Reihe: Hallo - Das Jugendmagazin

Bericht

22.02.1978 · DRA B · 2015382000 25'30

④ Historischer Exkurs zur Geschichte des Paragraphen 218

Reihe: Jugendzeit

Magazin

Historischer Abriss zum § 218 / Meinung von Karl Marx zur Rolle der Frau / Abschaffung des Gebärzwanges / (O-Ton) N.N., junge Frau, die vor Jahren einen Schwangerschaftsabbruch hatte / (O-Ton) N.N., alte Frau, vom Wunsch nach Abtreibung, als es die Möglichkeit noch nicht gab / Geschichte des § 218 / reiche Frauen ließen im Ausland abtreiben / arme Frauen litten sehr / Forderungen der KP nach Rechten der Frauen schon 1931, aber erst Jahrzehnte danach Realität / (O-Ton) Otto Grotewohl von 1950 zum »Gesetz zum Schutz von Mutter und Kind« / Ende des § 218 1979 / (O-Ton) Ludwig Mecklinger, damals Minister für Gesundheitswesen, zur Abschaffung.

11.01.1989 · DRA B · 2026146102 06'35

④ Standpunkte von Vertreterinnen der CDU und SPD-Ost zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch, dem Paragraphen 218 nach Beitritt der DDR zur BRD

Reihe: Aus Politik und Gesellschaft

Bericht

16.06.1990 · DRA B · 2012386000 09'40

④ Diskussion mit Dagmar Enkelmann von der PDS-Fraktion und Hans-Joachim von Es-

sen von der CDU/DA-Fraktion über Für und Wider zum Paragraphen 218 im vereinten Deutschland

Gesprächssendung

12.07.1990 · DRA B · 2012201000 08'00

④ Der Paragraph 218. Gesprächsrunde über das Für und Wider zum Paragraphen 218

Reihe: Kontrovers zum Thema

Gesprächssendung

Gesprächsleitung: Rosemarie Radtke

Gesprächspartner: Charlotte Worgitzky

(Schriftstellerin); Bernadette Weigmann

(Internistin); Bernd Hamann (Gynäkologe);

Bernd Katzschner (Verein »Stimme für die

Ungeborenen«, Pirna)

15.08.1990 · DRA B · 2014907X00 48'00

④ Sketch mit Martin Buchholz zum Schwangerschaftsabbruch

Sketch

Martin Buchholz mit einer Satire zum Schwangerschaftsabbruch, dem Ende der Fristenregelung, die Meinung des Papstes und den Zölibat.

17.05.1991 · DRA B · 2026905000 04'50

④ Frauenpolitischer Runder Tisch zum § 218

Reihe: Berlin aktuell

Bericht

Gesprächspartner: Eva Kurz (SPD); Christina

Schenk (MdB); Erika Hübner (Demokratie

Jetzt)

29.05.1991 · DRA B · 2026897000 03'13

④ Angela Merkel zu den Parteiquerelen innerhalb der CDU/CSU zur Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch

Reihe: Aus Politik und Gesellschaft

Bericht

19.11.1991 · DRA B · 2013669000 02'20

Musikproduktionen

📺 **Ballade zum Paragraphen 218**

Komponist: Hanns Eisler
 Text/Autor: Bertolt Brecht
 o. SD. · DRA B · StMU6458 02'52

Ausgewählte Hörfunkproduktionen
aus Archiven der ARD

Dieses Material befindet sich nicht in den Beständen des DRA, es kann aber über die entsprechende Rundfunkanstalt direkt abgefordert werden.

📺 **Hippokrates und der Paragraph 218**

Reihe: Diese unsere Welt
 30.05.1975 · BR · 7321547 24'10

📺 **Diskussion über das verfassungsgerichtliche Urteil des § 218 1915-2000**

Reihe: Zur Diskussion
 07.03.1975 · DLF · 5009888 43'30

📺 **Stellungnahmen und Interviews zum Schwangerschaftsabbruch nach § 218 früher und jetzt**

23.06.1986 · NDR · F807273 22'30

📺 **Keine Chance für die Fristenlösung? In Bonn demonstrieren Frauen für die Übernahme des DDR-Abtreibungsrechts**

Reihe: Südfunk aktuell
 16.06.1990 · SWR · 6328828 005 05'46

📺 **Diskussion um § 218 in beiden Teilen Deutschlands**

Reihe: Zur Diskussion
 29.06.1990 · DLF · 5020973 43'30

📺 **Volkammerdebatte über gesetzliche Regelung für Schwangerschaftsabbrüche**

Reihe: Blickpunkt am Abend
 12.07.1990 · SWR · 4302489 001 02'20

📺 **Der Paragraph 218 – Parteien auf der Suche nach einem Mittelweg**

Reihe: Hintergrund Politik
 23.04.1991 · DLF · 7006367 002 19'23

📺 **»Ich habe abgetrieben« – »Stern«-Aktion vor 20 Jahren löste Paragraph-218-Diskussion aus**

Reihe: Südfunk aktuell
 06.06.1991 · SWR · 6329101 002 04'55

📺 **Psychologische und politische Auswirkungen einer BVG-Entscheidung gegen die Fristenlösung**

01.12.1992 · RB · B005295426 04'50

📺 **Vor dem BVG-Urteil zum § 218: Sind die Richter befangen?**

01.12.1992 · RB · B005295255 01'12

📺 **Schwangerschaftskonfliktberatung im Widerstreit. Deutsche Bischöfe im Vatikan**

Reihe: Journal nach 10 / Kirchenmagazin
 29.05.1997 · RBB · ORB B004688414 03'20

📺 **§ 218 wird nicht reformiert - Zum Vorschlag von Bundesfamilienministerin Claudia Nolte**

Reihe: OrtsZeit
 13.01.1998 · DLR · 130198E 003 02'33

📺 **Kommentar der Woche: Der Papst und der § 218**

Reihe: OrtsZeit
 24.01.1998 · DLR · 240198B 011 05'21

📺 **1972: § 218**

Reihe: BilderReise Deutschland (24)
 24.06.1999 · RB · B006202719 07'12

📺 **Die Stiftung »Donum vitae« will kirchliche 218-Beratung übernehmen**

Reihe: Tag für Tag
 24.09.1999 · DLF · 7912803 002 03'55

Das Deutsche Rundfunkarchiv

Die gemeinnützige Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) ist eine Gemeinschaftsrichtung der ARD. Das DRA stellt seine Dienstleistungen und Materialien für Zwecke von Kunst, Wissenschaft, Forschung, Erziehung und Unterricht, einschließlich der Programmvorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch für gewerbliche und private Nutzung zur Verfügung. Zum Nachweis dieser Hörfunk- und Fernsehdokumente verfügt das DRA über umfangreiche Kataloge und Datenbanken.

Geschichte

Gestiftet 1952 in Frankfurt am Main als »Lautarchiv des deutschen Rundfunks« in der Absicht, ein zentrales (Schall-)Archiv für die Rundfunkanstalten zu schaffen. Von Anfang an bestand, neben der Archivierung historischer Tonträger, die Aufgabe darin, Katalogisierungsverfahren zu vereinheitlichen und übergreifende Nachweissysteme aufzubauen. Darüber hinaus erfüllt das DRA nicht nur rundfunkeigene Anforderungen, sondern steht auch für allgemeine, wissenschaftliche sowie solche der Forschung und Lehre zur Verfügung.

Nach der Erweiterung des Aufgabenbereichs um die Dokumentation von Fernsehproduktionen wurde die Stiftung 1963 in »Deutsches Rundfunkarchiv« umbenannt.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat das DRA in den Jahren 1992 und 1993 zunächst treuhänderisch die Gesamtkoordination für Sichtung, Sicherung, Erschließung und Nutzung des Programmvermögens von Hörfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR übernommen. Seit Dezember 2000 wird dieser Bestand am Babelsberger Standort des DRA, der sich

auf dem Gelände des Rundfunk Berlin-Brandenburg befindet, archiviert. Im selben Jahr wurden zudem die umfangreichen Bestände des Deutschen Rundfunkmuseums erworben. Mit der Eingliederung der historischen Archive des Senders Freies Berlin (SFB) und des RIAS Berlin konnten auch zwei West-Berliner Überlieferungen im DRA angesiedelt werden.

Benutzung und Gebühren

Das Archiv- und Sammelgut ist der Öffentlichkeit grundsätzlich kostenfrei zugänglich. Die vom DRA erbrachten Dienstleistungen werden nach geltender Gebührenordnung in Rechnung gestellt. Die gewerbliche Verwendung der Materialien wird über die RBB Media GmbH lizenziert und richtet sich nach deren Konditionen. Kopien von audiophonen oder audiovisuellen Dokumenten für die ausschließlich private Nutzung sind gegen Erstattung der Bearbeitungskosten ebenfalls über die RBB Media GmbH erhältlich. Für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind Informationsvermittlung und Nutzung der Materialien im Rahmen des Programmaustausches gebührenfrei. Die durch das DRA wahrgenommenen Senderechte werden den inländischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, im Hörfunk auch ausländischen EBU-Mitgliedern, ebenfalls kostenfrei beigestellt. Hinsichtlich eventuell zu beachtender Urheber- und/oder Leistungsschutzrechte ist in jedem Fall eine Rechte- und Kostenanfrage an das DRA zu richten. Besonders bei Mitschnitten von Opern und Generalproben, aber auch bei Rezensionen- sowie Retrospektivsendungen, können häufig rechtliche Einschränkungen vorliegen.

Impressum

Herausgegeben von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA).
Verantwortlich für den Herausgeber:
Hans-Gerhard Stülb, Vorstand.

Bildnachweis

Sämtliche Abbildungen stammen aus dem DRA. Die Abbildung auf der Vorderseite zeigt einen Ausschnitt aus dem Gesetzblatt der DDR vom 15. März 1972.

Abkürzungen

BR Bayerischer Rundfunk
BRD Bundesrepublik Deutschland
BVG Bundesverfassungsgericht
CDU Christlich Demokratische Union
CSU Christlich Soziale Union
DA Demokratischer Aufbruch
DDR Deutsche Demokratische Republik
DLF Deutschlandfunk
DLR DeutschlandRadio
DRA B DRA Babelsberg
DRA W DRA Wiesbaden
KP Kommunistische Partei
MdB Mitglied des Bundestags
NDR Norddeutscher Rundfunk
OP Operationssaal
ORB Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
o. SD. ohne Sendedatum
PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
RBB Rundfunk Berlin-Brandenburg
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg

Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam-Babelsberg
Telefon: (0331) 58 12-0
Telefax: (0331) 58 12-199
E-Mail: sekretariat@dra.de

Bei Fragen zu den Beständen und deren Nutzung:

Telefon: (0331) 58 12-222
Telefax: (0331) 58 12-5222
E-Mail: zentraleinformation@dra.de

Deutsches Rundfunkarchiv Wiesbaden

Unter den Eichen 5, Haus C
65195 Wiesbaden
Telefon: (0611) 23 83-0
Telefax: (0611) 23 83-100
E-Mail: dra@hr-online.de

Bei Fragen zu den Beständen und deren Nutzung:

Telefon: (0611) 23 83-191
Telefax: (0611) 23 83-100
E-Mail: sui@hr-online.de

Homepage

<http://www.dra.de>